

Zürich

Ausser Betrieb
Warum man in
Albisrieden die
Treppe nimmt.

17



Saïda Keller
Nicht nur sie
will den Islam
reformieren.

18

Auftragsvergaben

Die chinesische Fassade

Beim neusten Hochhaus an der Europaallee stammt die gesamte Aussenhülle aus einer chinesischen Fabrik. Schweizer Anbieter finden das ungerecht. Die SBB sagen: Es gehe nicht anders.

Beat Metzler

An das «Made in China» auf Handys, T-Shirts oder Solarzellen hat man sich längst gewöhnt. Neu kommen auch halbe Hochhäuser aus China.

Was an der Europaallee, auf der Parzelle F direkt neben den Geleisen, passiert, ist ein Lehrstück in Sachen Globalisierung. Dort ziehen die SBB derzeit eine weitere Grossüberbauung hoch. Bereits steht das Skelett aus Beton. Auch die Fassade wird gerade erstellt - allerdings nicht vor Ort, sondern gut 8000 Kilometer östlich, in der nordchinesischen Millionenstadt Shenyang.

Nach Plänen aus Zürich werden in den Werken der Yuanda Group die fertigen Fassadenelemente zusammengebaut. Dabei handelt es sich nicht um Massenware, sondern um eine Massanfertigung, entworfen vom Zürcher Büro Boltshauser Architekten. Die fertigen Teile, die insgesamt um die 3500 Tonnen wiegen sollen, werden in Container verladen, nach Basel verschifft und von dort mit Lastwagen ins Zentrum von Zürich gebracht. Hier können Bauarbeiter die Elemente nur noch anschrauben.

Einmal um die halbe Welt

Gewisse Werkstoffe legen die lange Reise gleich zweimal zurück. Platten aus Naturstein werden das 145 Millionen Franken teure Gebäude verkleiden. Der Muschelkalk stammt aus einem deutschen Steinbruch. Auch die Sonnenstoren werden in Deutschland gefertigt. Steine und Storen fahren erst mit dem Schiff nach China und werden dort montiert. Dann gehts zurück nach Zürich.

Die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) haben den ganzen Bauprozess an den österreichischen Generalunternehmer Porr abgetreten. Dieser drängt seit einigen Jahren auf den Schweizer Markt. Porr wiederum hat den Auftrag für die Fassade ausgeschrieben und dann an die Yuanda Group erteilt. Das chinesische Unternehmen gilt als weltweit grösster Fassadenbauer und beschäftigt über 13 000 Angestellte. Sein Europa-Hauptsitz liegt in Basel. In der Schweiz hat Yuanda bisher die Aussenhüllen der Allmend-Hochhäuser in Luzern, des Park Tower in Zug und des Fifty-One-Geschäftshauses in Zürich geliefert.

Diese Häuser haben Private gebaut. Das Bau Feld F dagegen gehört den SBB, und diese zu 100 Prozent dem Bund. Deshalb haben viele keine Freude an der chinesischen Fassade.

Angst um Wissen und Arbeit

Auch Schweizer Firmen haben sich um den Auftrag bemüht, etwa Aepli Metallbau, ein Familienunternehmen aus dem st.-gallischen Gossau. Den entscheidenden Unterschied habe der Preis gemacht, sagt Geschäftsführer Roman Aepli. «Unser Vorschlag belief sich auf 27 bis 28 Millionen Franken. Yuanda hat für etwa fünf Millionen weniger offeriert, heisst es.» Es herrsche ein völlig ungleicher Wettbewerb, sagt Aepli. In China betrügen die Monatslöhne wenige Hundert Franken, die Auflagen seien viel lascher, Lehrlinge würden keine ausgebildet. «Gegen die Konkurrenz aus europäischen Ländern können wir durch Innovation und eine durchindustrialisierte Produktion knapp bestehen. Aber gegen chinesische Preise haben wir keine Chance», sagt Aepli.

Beim SZFF, dem Verband der Schweizer Fassaden- und Fensterbauer, kommt es schlecht an, dass die SBB einen so grossen Auftrag nach China vergeben. «Das schadet der Schweizer Wirtschaft - und damit dem Bund, der von unseren Steuern lebt», sagt SZFF-Direktor Fabio



Der 53 Meter hohe Rohbau auf dem Bau Feld F der Europaallee steht bereits. Die Fassade wird halbfertig angeliefert. Foto: Doris Fanconi

Rea. Der tiefe Eurokurs habe die Branche stark unter Druck gesetzt. Aufträge ins Ausland scheiterten am Preis, im Gegenzug drückten europäische Konkurrenten in den Schweizer Markt. Mit Vergaben ins Ausland würden staatliche Institutionen die Notlage verschärfen.

Rea verweist auf das Klotener Grossprojekt The Circle, an dem der Kanton Zürich über den Flughafen Zürich beteiligt ist. Der Zuschlag für die etwa 130 Millionen Franken teure Fassade ging an eine deutsche Firma. «Dabei war der Preisunterschied zum nächsten Schweizer Angebot lächerlich klein», sagt Rea. Sein Protestschreiben an die zuständige

«Gegen die Konkurrenz aus China sind wir chancenlos.»

Roman Aepli, Schweizer Fassadenbauer

Regierungsrätin Carmen Walker Späh (FDP) blieb unbeantwortet.

Der «brutale Preiskampf» vernichte in der Schweiz auf die Dauer Arbeitsplätze und Wissen, sagt Roman Aepli. «Die Branche wird ausgehungert und wandert ins Ausland ab.» Aepli bezweifelt ausserdem, dass chinesische Firmen die gleiche Qualität bieten wie schweizerische. Da man das Gelieferte kaum wieder zurückschicken könne, müsse man es schlicht und einfach akzeptieren.

So geschehen ist das beim Park Tower in Zug. Dessen Fassade wurde ebenfalls

von Yuanda in China gefertigt. Als die Elemente in der Schweiz ankamen, wichen sie teilweise von den Vorgaben der Stadtbildkommission ab. Die Zuger Behörden verzichteten aber darauf, Anpassungen zu verlangen. Dies wäre unverhältnismässig gewesen, hiess es. «Bei einheimischen Firmen schaut man viel genauer hin», sagt Roman Aepli.

98 Prozent an Schweizer

An der Europaallee sind die Beteiligten bisher zufrieden mit den Fassadenarbeiten aus Shenyang. Dem Vernehmen nach läuft die Zusammenarbeit «erstausserordentlich reibungslos».

Bei den SBB heisst es, dass sie einheimische Anbieter nicht bevorzugen dürften. Dies verbiete das öffentliche Beschaffungsrecht. Bei den Vergaben entscheide auch nicht der Preis allein, sagt Sprecher Oliver Dischoe. «Nicht immer gewinnt die billigste Eingabe, die Qualität spielt ebenfalls eine Rolle.» Die SBB hätten die Vergabe von Porr an Yuanda ablehnen können. «Aber alle Kriterien wurden zum Teil sehr gut erfüllt.»

Die SBB wehren sich auch gegen den Vorwurf, das Schweizer Gewerbe zu benachteiligen. Pro Jahr kaufe die Bahn für 4,8 Milliarden Franken Güter und Dienstleistungen ein. Rund 98 Prozent dieser Aufträge gingen an Schweizer Firmen oder Firmen mit hiesigen Niederlassungen. «Die SBB stellen einen starken Motor für die Schweizer Volkswirtschaft dar», sagt Oliver Dischoe.

Politiker und Experten bezweifeln, dass den SBB bei Vergaben keine Wahl bleibt: «Die Schweizer sind zu nett», sagt der Tessiner CVP-Nationalrat Fabio Regazzi. Andere Länder gestalteten die Kri-

terien ihrer Ausschreibungen so, dass fast nur einheimische Firmen sie erfüllen könnten. Dies sei möglich, ohne die Regeln der Welthandelsorganisation zu verletzen. «Viele Länder sind schlauer. Aber beim Bundesrat und den SBB fehlt der Wille zu solchen Lösungen.»

Submissionsexperten unterstützen diesen Ansatz. Ein «raffiniertes Protektionismus» bestehe darin, dass man hohe Standards in Sachen Umweltschutz und Sozialleistungen verlange. Schweizer Firmen erfüllten diese wegen der hiesigen Gesetze. Viele ausländische Anbieter - vor allem solche aus nicht klassischen Industrienationen - scheiterten

«Die SBB stellen einen starken Motor der hiesigen Wirtschaft dar.»

Oliver Dischoe, SBB-Sprecher

schon an bescheidenen Vorgaben. Doch die Ämter schreckten vor solchen «intelligenten Ausschreibungen» zurück, weil diese zusätzliche Arbeit verursachten. Dabei seien sie eine lohnende Investition - nur schon, um einen Reputationschaden zu verhindern.

Nachhaltig trotz Transport?

Hinterfragt wird auch die Ökobilanz der chinesischen Fassade. Schweizer Hersteller müssten sich an strenge Umweltvorgaben halten, sagt Roman Aepli. «In China haben sie mehr Freiheiten.» Zu-

dem sei es nicht ökologisch, derart viel Material um die halbe Welt zu schicken.

Der Generalunternehmer Porr und die SBB weisen darauf, dass das Projekt ein provisorisches Zertifikat für seine Nachhaltigkeit bekommen hat. Erteilt wurde es durch die Schweizer Gesellschaft für Nachhaltige Immobilienwirtschaft (SGNI), ein Verein, der die Nachhaltigkeit von Gebäuden objektiv sichtbar machen will. Porr-Sprecherin Sandra Bauer sagt: «Produktion, Logistik und Montage entsprechen den vorgegebenen Kriterien.» Die Ökobilanz lasse sich mit jener einer herkömmlich hergestellten Fassade vergleichen.

Zum konkreten Fall will sich SGNI-Geschäftsführer Heinz J. Bernegger nicht äussern. Die Zertifizierung sei noch nicht abgeschlossen. Ob ein Gebäude insgesamt als nachhaltig gelte, hänge von über 40 Faktoren ab: der Lebensdauer und Reinigungsfreundlichkeit der Materialien zum Beispiel; davon, wie viele Schadstoffe diese enthalten oder wie gut sie sich recyceln lassen. Der CO₂-Ausstoss auf dem Transportweg mache nur einen Teil der ökologischen Gesamtbilanz aus, sagt Bernegger.

Angefragte Spezialisten für Nachhaltigkeit wollten das Europaallee-Projekt nicht beurteilen. Dafür fehlten ihnen entscheidende Angaben. Die Ökobilanz zu berechnen, sei kompliziert. Man müsse aber annehmen, dass die Herstellung in China mehr Energie brauche, als sie es in der Schweiz getan hätte. Auch die weite Schiffsreise setze viel CO₂ frei.

Schon diesen Herbst sollen die ersten Fassadenelemente «Made in China» beim Hauptbahnhof ankommen.

Reaktionen Seite 17, Kommentar Seite 2

Auftragsvergaben

Der Preis soll nicht mehr oberste Maxime sein

Parlamentarier von links bis rechts wollen bei öffentlichen Beschaffungen das heimische Gewerbe vor Billiganbietern aus dem Ausland schützen. Strittig ist nur, wie.

Stefan Häne

Der Fall Europaallee ist kein Unikum. Letztes Jahr sind die SBB in die Kritik geraten, weil sie bei ihrem Immobilienprojekt Pont-Rouge in Genf auf Naturstein aus Spanien setzen - und nicht auf teureren Gneis aus dem Tessin. Auch der Bund vergibt immer wieder Aufträge ins Ausland. Unmut provoziert hat etwa, dass das Statistische Jahrbuch aus Kostengründen in Bayern gedruckt wird.

Den Bundesparlamentariern bietet sich nun die Gelegenheit für eine Korrektur. Als Hebel dient die Revision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen. Der Bundesrat hat im Februar die Botschaft verabschiedet, die nationalrätliche Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beginnt wohl im Herbst mit der Beratung. Die Materie ist komplex. Konsens besteht erst in wenigen Punkten. So etwa soll der Wettbewerb unter Wahrung der WTO-Regeln für alle Teilnehmer fair sein - auch für inländische. Dem sei heute nicht so, sagen WAK-Mitglieder von links bis rechts. Sie wollen erwirken, dass einheimische Firmen gleich lange Spiesse wie die ausländische Konkurrenz erhalten.

Das Hauptproblem - nebst der Weitervergabe von Aufträgen an Subunternehmen - liege bei der Gewichtung der Zuschlagskriterien, sagt SP-Nationalrat Corrado Pardini. «Der Preis ist zur obersten Maxime geworden.» Das müsse sich ändern. Die Krux aus Sicht der Parlamentarier: Billiganbieter können nach erfolgtem Zuschlag versuchen sein, ihre Mindereinnahmen während der Realisierung des Auftrags auszugleichen - mit Kostenüberschreitungen, Abstrichen bei der Qualität oder Rechtshändeln.

«Vergabefremde» Kriterien

Nicht nur linke Kreise geisseln den Preiskampf. Auch Wirtschafts- und Industrieverbände bemängeln, dem Preiskriterium komme «eine zu hohe Gewichtung» zu, wie aus der Vernehmlassung zur Gesetzesrevision hervorgeht. Dieser Ansicht ist auch die Allianz für ein fortschrittliches öffentliches Beschaffungswesen. Der Verbund aus 22 Organisationen aus dem Bereich Architektur, Planung und Ingenieurwesen moniert, eine zu starke Preisgewichtung verhindere, dass Anbieter innovative Lösungen offerieren. Bei intellektuellen Dienstleistungen solle auf das Zuschlagskriterium des Preises verzichtet werden können.

So weit will der Bundesrat nicht gehen. Er kommt den Kritikern aber entgegen: Das revidierte Gesetz soll es dem Auftraggeber ermöglichen, im Falle un-



Corrado Pardini. J.-F. Rime.

gewöhnlich niedriger Angebote eine Prüfung durchzuführen, also zu ermitteln, ob der Anbieter alle Teilnahmebedingungen auch wirklich erfüllt.

Ein Zwist zeichnet sich bei der Frage ab, wie stark der Aspekt der Nachhaltigkeit gewichtet werden soll. SVP und FDP sagen, mit der Nachhaltigkeit würden «vergabefremde Kriterien» in den öffentlichen Beschaffungsprozess einbezogen. Die Linksparteien dagegen wollen ökologischen und sozialen Kriterien mehr Bedeutung als bislang beimessen.

«Keine Sonderregelung»

Strittig ist, inwieweit die skizzierten Pläne faktisch zu einer Bevorzugung einheimischer Firmen führen könnten. Einen Protektionismus trumpscher Art, so versichern WAK-Mitglieder aller Couleur, strebe niemand an. «Wir wollen keine Sonderregelung für Schweizer Unternehmen», sagt Jean-François Rime, SVP-Nationalrat und Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbands. Entscheidend sei, dass die Spielregeln klar und für alle einheitlich seien. Für Bundesaufträge schlägt Rime ein zweistufiges Verfahren vor. In einer ersten Runde werden alle Kriterien, die bei der Auftragsvergabe eine Rolle spielen, begutachtet - mit Ausnahme des Preises. Erfüllt eine Firma nicht alle diese Kriterien, gelangt sie nicht in die zweite Runde, wo der Preis dann ebenfalls gewichtet wird.

Die Idee des WAK-Vizepräsidenten findet in der Kommission Anklang. «Wird der Preis von Anfang an als Kriterium beigezogen, wird der Druck, die Vergabe in erster Linie an den Preis zu knüpfen, extrem gross», sagt CVP-Nationalrat Markus Ritter. Rimes Vorschlag könne helfen, die herrschende Fokussierung auf den Preis zumindest abzuschwächen.

Einen anderen Ansatz bevorzugt Hans Wicki. Der FDP-Ständerat (NW) ist Präsident von «bauenschweiz», der Dachorganisation der Bauwirtschaft. Nachhaltigkeit und soziale Kriterien seien schwer messbar. «Bei Ausschreibungen sollte man die Kosten über die gesamte Lebensdauer eines Bauwerks berücksichtigen.» Dazu gehörten der Aufwand im Unterhalt und die Stabilität. Schweizer Unternehmen lieferten Lösungen, die lange hielten und kaum Reparaturen bräuchten - und falls doch, seien die Handwerker schnell vor Ort. Rechne man die totalen Lebenskosten hinein, könnten einheimische Firmen gut mit der ausländischen Konkurrenz mithalten, sagt Wicki. Und WTO-konform sei solches Vorgehen auch.

Zürichs Ärger mit «Blutsteinen»

Nicht nur die SBB bauen mit Material aus China, auch die Stadt Zürich bestellt dort - trotz einer heftigen Debatte.

Marisa Eggli

Die jüngste Ladung chinesischer Steine verbaute die Stadt Zürich zurzeit am Stauffacher. Dort ersetzen die Arbeiter des Tiefbauamts unter anderem die Rinnsteine, die das Regenwasser ableiten. Sie stammen aus chinesischer Produktion. Amtssprecher Stefan Hackh begründet diese Bestellung mit der «hervorragenden Qualität» der Steine.

Vor knapp zehn Jahren entbrannte eine heftige Debatte um die Rinnsteine aus China. Damals leitete die Grüne Ruth Genner das Amt. Entfacht hatte die Diskussion das Schweizer Arbeiterhilfswerk unter der Federführung des ehe-

maligen SP-Nationalrats Hans-Jürg Fehr. Dieses machte die «blutigen Steine» aus den asiatischen Steinbrüchen zum Thema und prangerte die dortigen Arbeitsbedingungen an: Es würden Menschenrechte missachtet, während 80 Stunden pro Woche geschuftet, und Kinder würden zur Arbeit gezwungen. Viele Schweizer Gemeinden und Städte verabschiedeten sich damals aus dem Geschäft mit den chinesischen Steinen - nur Zürich zögerte länger, verbaute diese an einigen Orten weiterhin und wurde vom Arbeiterhilfswerk kritisiert; die Stadt nehme Ausbeutung in Kauf.

Inzwischen hat sich die Aufregung um die chinesischen Steine gelegt, obwohl Menschenrechtsverletzungen in China weiterhin vorkommen. Ein Grund ist, dass die Stadt sich verpflichtet hat, sich an das Label Fair Stone zu halten. Es garantiert, dass in den Steinbrüchen faire Arbeitsbedingungen herrschen und niemand ausgebeutet wird.

Fertig Lift, jetzt heisst Treppen steigen

In zwei Wohnhäusern in Albisrieden werden die Aufzüge plombiert, weil die Hausbesitzer die Anordnungen der Liftkontrolle jahrelang ignoriert haben.

Jürg Rohrer

Keine Notbeleuchtung, mangelhafte Glaseinsätze in den Schachttüren, fehlende Abschlusstüren in den Kabinen, mangelhafte Puffer und ein fehlender Notruf - all diese Mängel stellten die Kontrolleure des Amtes für Baubewilligungen fest. In zwei zusammengebauten, dreigeschossigen Wohnhäusern nahe dem Albisriederhaus. Das war im Juni 2009 anlässlich einer ordentlichen Kontrolle, wie sie bei Liftanlagen im Kanton Zürich alle fünf Jahre durchgeführt wird.

Der Hausbesitzer wurde angewiesen, die nötigen Sicherheitsanpassungen vorzunehmen; er tat es nicht, die Frist wurde zweimal verlängert, und es passierte immer noch nichts. Worauf das Amt für Baubewilligungen im März 2016 die Plombierung und Ausserbetriebnahme der beiden Lifte verfügte.

Diese Verfügung focht der Mann an, der die Liegenschaften mittlerweile seinen vier Enkeln übertragen hatte, zusammen mit seiner Frau aber eine lebenslange Nutzniessung mit Unterhaltsregelung besass. Das Ehepaar sah in der

Liftkontrollen

Zwei Drittel zeigen Mängel

Die Liftkontrollen im Kanton Zürich sind dieses Jahr zum Politikum geworden: Drei Kantonsräte aus SVP, BDP und EDU kritisierten in einer Anfrage eine überbordende Bürokratie und zu häufige Kontrollen. In seiner Antwort vom Juni wies der Regierungsrat die Vorwürfe zurück. Bei der periodischen Kontrolle der Aufzüge würden in rund 70 Prozent der Fälle Mängel festgestellt. Die Kosten von rund 400 Franken seien zumutbar, während der Kanton auf die Höhe der Wartungskosten keinen Einfluss habe. Im Kanton Zürich gibt es rund 42 000 Personen- und über 8000 Warenlifte. (jr)

Plombierung der beiden Lifte eine Verletzung der Eigentumsgarantie, es bestritt die Notwendigkeit von Massnahmen, da die Aufzüge regelmässig gewartet worden seien und sich ansonsten in einwandfreiem Zustand befänden. Weiter brachten die beiden vor, sie müssten neue Aufzüge einbauen, um die Forderungen des Amtes zu erfüllen, wüssten jetzt aber noch nicht, wie es mit den zwei Häusern weitergehe. Man solle ihnen genügend Zeit einräumen nach Inkrafttreten der revidierten Bau- und Zonenordnung.

Schwere Unfälle möglich

Doch weder das Baurekurs- noch das Verwaltungsgericht gaben dem Paar recht, und selbst ihr Gang nach Lausanne war vergeblich, wie dem jüngst veröffentlichten Urteil zu entnehmen ist. Gestützt auf ein Merkblatt des Verbandes Schweizerischer Aufzugsunternehmen meint auch das Bundesgericht, dass die festgestellten Mängel an den beiden Liften die Passagiere schwer gefährden könnten: Ungenügende Glaseinsätze können bei einem Sturz brechen und zu Schnittverletzungen führen. Bei fehlenden Kabinentüren können Gliedmassen zwischen Kabine und Schacht geraten. Transportgegenstände, die sich verkeilen, können Personen erdrücken. Ungenügende Puffer haben bei einem heftigen Aufprall Stauchungen der Gliedmassen oder Rückenverletzungen zur Folge. Ohne Alarm schliesslich können Personen unbemerkt im Lift eingeschlossen werden, was zu Isolation, Angstzuständen und Gesundheitsgefährdungen führen kann.

Zwar sei aus den Akten nicht ersichtlich, wie wahrscheinlich ein solch schwerer Unfall tatsächlich sei, doch könne den Ausführungen des Amtes für Baubewilligungen entnommen werden, dass dieses Risiko nicht bloss theoretischer Natur sei. Kurz: Die Ausserbetrieb-

nahme und Plombierung der mit Mängeln behafteten Aufzugsanlagen dienten der Beseitigung der Unfallgefahr und lägen im öffentlichen Interesse. «Das öffentliche Interesse an der Beseitigung der Gefahr von Unfällen im Zusammenhang mit der Benutzung der Aufzugsanlagen wiegt schwer.» Das Ehepaar dagegen, das sich gegen die Plombierung wehrt, sieht eine ganz andere Gefahr: Die Bewohner der Liegenschaft seien einem erhöhten Sicherheitsrisiko ausgesetzt, wenn sie künftig statt der Aufzüge die Treppen benutzen müssten.

Das sei aber nicht anzunehmen, entgegnete die Bundesrichter. Die Abwägung aller privaten und öffentlichen Interessen ergebe, dass die Plombierung dieser beiden Lifte für die Eigentümer zumutbar sei. Schliesslich hätten sie ja auch seit 2009 Zeit gehabt, die Mängel zu beheben. Anders als die Hauseigentümer geht das Bundesgericht in Übereinstimmung mit dem städtischen Amt davon aus, dass sich die Mängel an den beiden Liften «relativ kostengünstig» beheben liessen.

Recht ist durchzusetzen

Das Verwaltungsgericht hatte zuvor auch argumentiert, es bestehe ein gewichtiges öffentliches Interesse an der Durchsetzung der Rechtsordnung. Sicherheitsmassnahmen dürften nicht über Jahre hinausgeschoben werden mit dem Argument, man werde sie zusammen mit - nicht belegten - künftigen Bauarbeiten treffen. Dabei würde die zu gewährleistende Sicherheit übermässig stark untergraben. Mit der Plombierung der Aufzugsanlagen werde verhindert, dass diejenigen bessergestellt seien, die sich eigenmächtig über geltende Vorschriften hinwegzusetzen versuchten. 4000 Franken Gerichtsgebühr verlangte das Verwaltungsgericht für sein Urteil, 3000 Franken jetzt anschliessend das Bundesgericht.

Postkarte



Foto: Doris Fanconi

Herzliche Grüsse aus Rapperswil

Geigentöne klingen durch das offene Fenster der Hintergasse, jemand übt einen luftigen Walzer. Und draussen wachsen, als wäre es Kullisse zum «Rosenkavalier», Rosenstöcke direkt aus dem Kopfsteinpflaster. Rosen sind im Rapperswiler Wappen seit 1192 verbürgt, doch ist das Prädikat Rosenstadt vor allem ein Beispiel für gelungenes Standortmarketing. 1958 propa-

gierte der örtliche Verkehrsverein den etwas holprigen Slogan: «Mehr Rosen für die Rosenstadt, auf dass die Rosenstadt zur wirklichen Rosenstadt wird.» Die Bemühungen tragen Früchte: Zwischen Juni und Oktober blühen in der Stadt in öffentlichen und privaten Gärten rund 15 000 Rosen, und 1999 wurde Rapperswil auf einer internationalen Gartenmesse offiziell zum Mittel-

punkt der Duftrosen erklärt. Fürs Poesiealbum finden wir im Rosengarten auf dem Schlossberg den passenden Spruch: «Menschenvolk wir künden Dir, Werden, Weilen und Vergehn, jedem Sein ein fröhlich Blühen, jedem Tod ein Auferstehn.»

Helene Arnet
postkarte.tagesanzeiger.ch

Seite Zwei



Kommentar Beat Metzler,
Redaktor Hintergrund, über
chinesische SBB-Fassaden.

Der Staat ist kein Einkaufstourist

Wäre die Schweiz ein armes Land, ginge es auch den SBB schlecht. Die Leute würden weniger Zug fahren. Niemand könnte sich die teuren Wohnungen an der Europaallee leisten, welche die Bahn vermietet.

Nun sollen ausgerechnet die SBB den Schweizer Wohlstand gefährden - und damit die eigene Existenzgrundlage. Dies geschehe, wenn die SBB Bauaufträge ins Ausland vergeben - zum Beispiel eine über 20 Millionen Franken teure Fassade an der Europaallee, deren Elemente in China gefertigt werden. Das geht nicht nur Linken zu weit. 2017 ist Kritik am Freihandel auch unter Bürgerlichen salonfähig geworden.

Die Befürchtung lautet: Verhalten sich Staatsbetriebe wie Schnäppchen jagende Einkaufstouristen, darben die einheimischen Industrien. Jobs verschwinden, Wissen geht verloren, der Wohlstand bröckelt.

Dem steht die Freihandelslogik gegenüber: Viele Schweizer Firmen sind ihrerseits darauf angewiesen, im Ausland mitzubieten zu dürfen. Und gerade weil die Schweiz ihre Märkte so weit offen hält (im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern), ist sie derart erfolgreich. Dem scharfen Wind des Weltmarkts ausgesetzt, müssen sich die hiesigen Unternehmen stets verbessern. Das sichere auf die Dauer Arbeitsplätze.

Das Problem daran ist, dass der Wind aus manchen Gegenden zu scharf weht. Im Fall der chinesischen Fassade an der Europaallee blieben Schweizer Hersteller chancenlos. Zu günstig produziert die Konkurrenz. Das hat damit zu tun, dass in vielen Ländern lockerere Vorschriften gelten und die Löhne viel tiefer liegen. Fair ist ein solcher Wettbewerb nicht wirklich.

Viele Schweizer versuchen, beim Einkaufen Umwelt und Menschen zu schonen. Das Gleiche erwarten sie von ihren Institutionen. Doch diese achten oft sehr stark auf den Preis - und verweisen dabei auf das Gesetz. Daher sollte man im Beschaffungsrecht Faktoren wie Ökologie, angemessene Löhne, Lebensdauer oder Unterhalt stärker gewichten.

Das bedeutet nicht: Switzerland first. Aber es bedeutet, dass Schweizer Firmen im eigenen Land nicht von Beginn weg als Verlierer dastehen. Sonst fehlt ihren Angestellten bald das Geld zum Zufahren.

blogs.tagesanzeiger.ch

Welttheater Ratten in Westminster - Von Peter Nonnenmacher, London

Besuchern Westminsters sei zu vorsichtigem Auftreten geraten. Der Palast unterm Big Ben, der Heimstatt des britischen Parlaments, bröseln vor sich hin. Schwerer Putz ist in den letzten Jahren von den Decken gefallen. Dächer sind undicht, Rohre lecken, die alten Sandsteinmauern verwittern rapide. Es wimmelt von Ratten.

Das Wissen um den Verfall des viktorianischen Gebäudes hat britischen Abgeordneten schon einiges Kopfzerbrechen bereitet. Geplant ist nun eine sechsjährige Generalüberholung der gesamten Anlage für 4 Milliarden Pfund. Aber wohin mit der Mutter der Parlamente, wenn die Bautrüps aufziehen?

Ursprünglich hatte man noch gedacht, die Parlamentarier könnten während der Renovierung in «ruhigeren» Ecken des Palastes weiterdebattieren. Aber das hätte die Bauzeit auf 32 Jahre verlängert. Seither sind diverse Gebäude in der näheren Umgebung des Palastes als Ausweichquartiere in Erwägung gezogen worden. Als Alternative



hat der Architekt Lord Foster jetzt eine Art doppelte Käseglocke erdacht, unter der die beiden Kammern Zuflucht finden könnten wie unter einem Schirm.

Der Stahl-und-Glas-Dom hätte laut Foster Platz auf Horse Guards Parade, dem Platz zwischen Whitehall und St. James's Park. Ein derartiger Bau, findet Foster, wäre «ein Vorzeigestück für britisches Design». Eher politisch als ästhetisch motivierte Planer sind mit einem anderen Vorschlag gekommen. Für die sechs Jahre Bauzeit, schlagen sie vor, solle das Parlament nach Nordengland ziehen.

Ein besonders kühne Idee sieht sogar den kompletten

Neubau einer Halbmillionenstadt in stiller Natur vor, mitten auf den alten Kohlefeldern Nottinghamshires. Noch radikalere Köpfe haben gefordert, dass das Parlament auf Dauer nach Norden ziehen solle. Das alte Westminster-Gebäude, spotten sie, könne man mit Wachsfiguren ausstaffieren und den Touristen überlassen.

Die Gegner dieser Idee weisen darauf hin, dass im Palast von Westminster rund 10 000 im Raum London behaute Mitarbeiter beschäftigt sind: Nicht ganz einfach, die zu entwurzeln - und ein Parlament im Norden zu haben, während die Regierung weiter im Süden sitzt. Regierung und Parlament haben sich vor einer Entschei-

dung erst einmal gedrückt. Für die Dauer dieser Legislaturperiode, für fünf Jahre, soll es noch keinen Auszug aus Westminster geben. Vielleicht hat ja auch eine Rolle gespielt, worüber man nur ungern redet: Falls die Königin stirbt, während das Parlament geschlossen ist - wo soll sie aufgebahrt werden?

Normalerweise ist dafür ja Westminster Hall, der älteste Teil des Palastes, vorgesehen. Dort haben die Briten schon vielen Monarchen die letzte Ehre erwiesen. Notfalls, hat die königstreue «Times» nun ermittelt, müsse man auf die St. Paul's-Kathedrale ausweichen.

So viel Unordnung, findet die Tory-Abgeordnete Shailesh Vara, sei der britischen Seele schlicht nicht zuzumuten. Westminster müsse bleiben, wo es sei, und Westminster Hall weiter «für grosse Staatereignisse zur Verfügung stehen». So wird sich, wer den Palast besuchen kommt oder dort arbeitet, wohl auch künftig vor fallendem Putz in Acht nehmen müssen.



Foto: Orestis Panagiotou (EPA, Keystone)

Welt im Bild
Wie eine riesige Blutorange präsentierte sich gestern Abend der Mond im griechischen Athen. In Zürich war etwa zur selben Zeit auch eine partielle Mondfinsternis zu sehen. (TA)

Anzeige

Wochenaktionen

Denner Schweinshals XXL

Schweiz,
ca. 1.5 kg,
per kg



50%

9.45 statt 18.90*

Mandorla Negroamaro/Primitivo Puglia IGT

2016, Apulien,
Italien, 6 x 75 cl

Kunden-Rating:



Rotes Fleisch, Pizza,
Lasagne

Negroamaro,
Primitivo

1-4 Jahre

16-18 °C



40%

35.80 statt 59.70

Einzelflasche: 6.- statt 9.95

Marlboro

Red/Gold/Silver Blue/Vibe Beyond/Beyond Blue
Box, 10 x 20 Zigaretten



- 8 Fr.

78.- statt 86.-*

Einzelpackung: 7.80 statt 8.60*

*Konkurrenzvergleich

Aktionen gültig vom 8. bis 14. August 2017 / solange Vorrat / Aktionspreise für Einzelflaschen nur in der jeweiligen Aktionswoche gültig / Jahrgangsänderungen sowie Druck- und Satzfehler vorbehalten / jetzt abonnieren: www.denner.ch/newsletter

50 Jahre günstiger für alle **DENNER**